

Stellungnahme

zu den Vorläufigen Ankerpunkten der Systementwicklungsstrategie 2024



Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen den Klimaschutz und die sozial gerechte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität. Die Dekarbonisierung des Energiesystems ist eine entscheidende Säule des Klimaschutzes. Energie ist Grundlage aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse und damit ein herausragendes Gut der öffentlichen Daseinsvorsorge und konstituierend für den Wohlstand einer Gesellschaft. Für die Gestaltung der Energiewende hat der Staat daher eine besondere Verantwortung. Die Ausgestaltung des tiefgreifenden Strukturwandels aller Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche, insbesondere auch des Energiesektors, muss konsequent unter Berücksichtigung der Beschäftigteninteressen erfolgen, um die politische Akzeptanz der Transformation zu sichern und die Transformation hin zu einem langfristig nachhaltigen Wirtschaftsmodell zu gewährleisten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund beteiligt sich daher an der Systementwicklungsstrategie.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt, dass in den vorläufigen Ankerpunkten der Systementwicklungsstrategie die Bedeutung einer schnellen Transformationsgeschwindigkeit in allen Sektoren des Energiesystems bzw. der Volkswirtschaft zur Erreichung der Klimaziele bis 2045 betont wird. Auch begrüßt der Deutsche Gewerkschaftsbund die Erkenntnis, dass für diese Transformation eine robuste und sektorübergreifende Strategie für die Planung der dafür notwendigen Infrastruktur unabdingbar ist. Außerdem stimmt der Deutsche Gewerkschaftsbund den Ankerpunkten dahingehend zu, dass die Gewährung von Flexibilität für sektorspezifische Gegebenheiten notwendig ist.

Im Folgenden werden einzelne Aspekte der vorläufigen Ankerpunkte der Systementwicklungsstrategie 2024 kommentiert:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt, dass die Planung der Energieinfrastrukturen an den Erfordernissen für **Erhalt und Dekarbonisierung der aktuellen Industriestandorte** orientiert werden soll (vgl. S. 6). Zur Sicherung und Entwicklung von Wertschöpfung und Beschäftigung in der Transformation ist es essenziell, die deutschen Standorte möglichst rasch mit klimaneutraler Energie zu versorgen. Hierfür ist ein weitsichtiger Aufwuchs der Erzeugungs- und Transportinfrastrukturen von erneuerbarer Elektrizität und grünem und übergangsweise blauem Wasserstoff erforderlich. Es ist erfreulich, dass in der Systementwicklungsstrategie der Erhalt und treibhausgasneutrale Umbau der aktuellen Industriestandorte deutlich als Ziel benannt wird.

13. Juni 2024

Kontaktpersonen:

Frederik Moch

Leiter der Abteilung
Struktur-, Industrie- und
Dienstleistungspolitik

frederik.moch@dgb.de
Telefon: +49 30 24060 576

Felix Fleckenstein

Referent für Energiepolitik
Abteilung Struktur-, Industrie- und
Dienstleistungspolitik

felix.fleckenstein@dgb.de
Telefon: +49 30 24060 351

Deutscher Gewerkschaftsbund
Keithstraße 1
10787 Berlin

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt auch den in den Ankerpunkten festgehaltenen **sehr schnellen Ausbau der Solar- und Windenergie** (vgl. S. 8). Die postulierten Zielmarken für den Ausbau der erneuerbaren Energien werden zwar begrüßt, müssen aber auch durch eine glaubwürdige Umsetzungsstrategie hinterlegt werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund mahnt daher zu einer weiteren Beschleunigung des Erneuerbarenausbaus. Mit Blick auf die dafür auch erforderliche Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung ist insbesondere die angemessene Personalausstattung in den Behörden ein zentrales Handlungsfeld. Eine Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien ist nicht zuletzt mit Blick auf die Umsetzbarkeit des Kohleausstiegs von entscheidender Bedeutung. Der Zubau der Solar- und Windenergie muss auch beschäftigungs- und industriepolitisch wirken. Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht sich daher für Förder- und Ausschreibungsverfahren aus, die – etwa mittels Resilienzkriterien – heimische Wertschöpfung und Beschäftigung stärken.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisiert die Ausführungen der Ankerpunkte zum **Kohleausstieg** (S. 9). Für den Deutschen Gewerkschaftsbund sind insbesondere die Vereinbarungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB, „Kohlekompromiss“) nach wie vor maßgeblich, die einen Kohleausstieg bis 2038 vorsehen. Dieser Ausstiegspfad ist auch gesetzlich fixiert. Die Aussage der Ankerpunkte, politisches Ziel sei „eine Beendigung möglichst bis 2030“, kann daher nicht nachvollzogen werden. Auch der Koalitionsvertrag trifft keine Verabredungen in dieser Deutlichkeit.

Auch die Analyse, es sei davon auszugehen, „dass der Kohleausstieg durch den starken Ausbau der erneuerbaren Energien und die steigenden CO₂-Kosten bereits vor 2038 vollständig beendet wird“, sollte kritisch überprüft werden. Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die **Umsetzbarkeit des Kohleausstiegs** von einer Reihe von Randbedingungen abhängig, insbesondere vom rechtzeitigen Aufwuchs alternativer gesicherter Leistung. Hier gibt es (etwa mit Blick auf die sich weiter verzögernde Kraftwerksstrategie) bislang nur geringe Fortschritte. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird kein Abweichen vom vereinbarten Ausstiegspfad zulasten der Beschäftigten und der Energieversorgungssicherheit akzeptieren. Einen ungeordneten, sog. „marktgetriebenen“ Ausstieg gilt es ebenfalls zu vermeiden. Vielmehr ist die Politik gefragt, die notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Umbau der Energiewirtschaft zu setzen und nicht nur mit abstrakten Zielen und Absichtserklärungen zu operieren. Eine Beschleunigung des Ausstiegsprozesses kann nur erfolgreich sein, wenn die bereits in der KWSB vereinbarten Check-Points (wie etwa beschleunigter EE-Ausbau, Aufbau alternativer gesicherter Leistung, Netzausbau, regionale Entwicklung und Ersatzarbeitsplätze in den Revieren, etc.) erfolgreich umgesetzt werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund stimmt den Ankerpunkten dahingehend zu, dass es bezüglich der **lastseitigen Flexibilität** große Unsicherheiten gibt (vgl. S. 13). Mehr lastseitige Flexibilität kann die Effizienz des Energiesystems zweifellos steigern. Die tatsächlich vorhandenen und wirtschaftlich erschließbaren Flexibilitätpotentiale sind nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aber begrenzt. Insbesondere im Industriebereich muss die Gewährleistung einer verlässlichen Versorgung Vorrang vor forcierten Verbrauchsreduktionen haben. Flexibilitätsanreize, die beschäftigungs-, wirtschafts-, industrie- und verteilungspolitischen Zielen entgegenlaufen, müssen ausgeschlossen werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt ferner, dass in den Ankerpunkten die Bedeutung der **Wasserstoffwirtschaft** für die Dekarbonisierung der Industrie hervorgehoben wird (vgl. S. 6 f.). Mit Blick auf die zeitlich stetig näher rückenden Klimaziele wie auch den weiter zunehmenden marktlichen und regulatorischen Transformationsdruck mahnt der Deutsche Gewerkschaftsbund aber eine deutliche Realisierungsbeschleunigung des Wasserstoffhochlaufs an. Hier muss die Entwicklung von einem Nebeneinander kleinformatiger Pilot- und Versuchsanlagen hin zu einem selbsttragenden, vernetzten Marktsystem, in dem Wasserstoff im industriellen Maßstab Verwendung findet, schnellstmöglich erfolgen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht sich mit Nachdruck für eine Wasserstoff-Technologievielfalt aus, die sowohl grünen als auch blauen Wasserstoff umfasst. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stimmt den Ankerpunkten in der Analyse zu, dass Deutschland auf absehbare Zeit auf Wasserstoffimporte angewiesen sein wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht sich für den privilegierten **Import von Wasserstoff** aus verlässlichen und demokratischen Partnerländern, möglichst innerhalb Europas, aus. Dabei ist insbesondere die Energiepartnerschaft mit Norwegen eine wichtige Option, welche mit Nachdruck ausgestaltet werden sollte. Es wird daher begrüßt, dass die Option des Wasserstoffimports aus Norwegen Erwähnung findet (vgl. S. 12). Der Deutsche Gewerkschaftsbund mahnt an, dass die Realisierung des Wasserstoffimports dringend beschleunigt werden muss und regt eine Diversifizierung der Importoptionen an.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt, dass die weitere **Elektrifizierung des deutschen Schienennetzes** ein zentraler Baustein für die erfolgreiche Ausgestaltung der Verkehrswende ist (vgl. S. 7). Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes müssen weitere Bahnstrecken mittels Oberleitung elektrifiziert werden. Eine geeignete Zielmarke könnte ein Elektrifizierungsgrad von 75 Prozent im Jahr 2030 darstellen, auch um den Einsatz von Batterie-Zügen auf nicht-elektrifizierten (Teil-)Strecken in der Fläche realisieren zu können.

Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes muss die **Transformation der Gebäudeenergie** beschleunigt werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund betont, dass insbesondere die Nah- und Fernwärme eine entscheidende Technologieoption, insbesondere zur Dekarbonisierung der Gebäude in urbanen Räumen, darstellt. Die in den Ankerpunkten beschriebenen Maßnahmen (vgl. S. 7) werden als grundsätzlich sinnvoll bewertet. Allerdings kritisiert der Deutsche Gewerkschaftsbund eine zu starke reine Fokussierung auf die Heizungstechnologie. Auch die Steigerung der Sanierungsrate und die damit verbundene Förderpolitik müssen stärker in den Blick genommen werden. Die Verteilung der Transformationskosten im Gebäudesektor droht die heute schon angespannte ökonomische Situation vieler Mieter*innen sowie Besitzer*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern zusätzlich zu verschärfen. Zur Erreichung der Klimaziele im Gebäudebestand ist daher neben technologischen Ansätzen insbesondere die sozial gerecht gestaltete Verteilung der Kosten erforderlich.

Mit Blick auf die Ausführungen zum „**Transformationspfad Erdgas**“ (vgl. S. 12 f.) betont der Deutsche Gewerkschaftsbund, dass eine geordnete Gasnetztransformation erforderlich ist. Die Gasnetze stellen eine wertvolle Infrastruktur dar, die nicht vorschnell aufgegeben werden darf. Es darf keinesfalls zu einem ungeordneten oder gar regulativ forcierten Schrumpfungsprozess auf dem Rücken der Beschäftigten kommen. Stattdessen ist ein geordneter Übergang in eine dekarbonisierte Energiewirtschaft notwendig. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund bedeutet dies insbesondere, dass die Beschäftigten der Gasnetzbetreiber verlässliche Zukunftsperspektiven, bspw. in Form klarer und belastbarer Beschäftigungsgarantien, erhalten.